

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreistag Stendal
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 02.02.2012
Sitzung Nummer:	17 (KT/17/2012)
Sitzungsdauer:	17:02 - 18:25 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Christine Paschke
1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Gabriela Grimm
Protokollführerin

Anwesend:

Vorsitz

Frau Christine Paschke

Mitglieder

Herr Günter Bartels

Herr Arnold Bausemer

Herr Ralf Berlin

Herr Dieter Bolle

Herr Gerhard Borstell

Frau Edith Braun

Herr Detlef Braune

bis 18.23 Uhr

Herr Uwe Classe

Herr Jürgen Emanuel

Herr Marcus Graubner

ab 17.43 Uhr

Herr Horst Janas

Herr Ernst Jesse

Herr Uwe Klemm

Herr Rüdiger Kloth

ab 17.36 Uhr

Herr Norbert Krebber

Herr Peter Krüger

Herr Wolfgang Kühnel

Frau Katrin Kunert

bis 18.23 Uhr

Herr MR Dr. Volkmar Lischka

Herr Herbert Luksch

Herr Klaus-Peter Noeske

Herr Dr. Rudolf Opitz

Frau Dr. Helga Paschke

Herr Bernd Prange

Herr Detlef Radke

ab 17.42 Uhr

Herr Günter Rettig

Herr Dr. Henning Richter-Mendau

Herr Gerd Schlaak

Herr Waldemar Schreiber

Herr Nico Schulz

bis 18.12 Uhr

Herr Eduard Stapel

bis 18.06 Uhr

Herr Dr. Volker Stephan

Herr Bodo Strube

Herr Tilman Tögel

Herr Eike Trumpf

Herr Torsten Werner

ab 17.12 Uhr

Herr Frank Wiese
Herr Bernd Witt

von der Verwaltung

Herr Jörg Hellmuth
Frau Annemarie Theil
Herr Carsten Wulfänger

Abwesend:

Mitglieder

Herr Ralf Bergmann
Herr Dr. Jörg Böhme
Herr Hardy Peter Güssau
Herr Gerhard Imig
Herr Dr. Michael Kühn
Herr Lothar Riedinger
Herr Tiemo Schönwald
Herr Norbert Tanne
Herr Peter Zimmermann

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung
- 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 16. Sitzung des Kreistages Stendal am 03.11.2011
- 5 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 16. Sitzung des Kreistages Stendal am 03.11.2011
- 6 Verpflichtung des nachrückenden Mitgliedes des Kreistages Herrn Dr. Volker Stephan
- 7 Information des Landrates über alle wichtigen Angelegenheiten, den Landkreis und seine Verwaltung betreffend
- 8 Beschluss des Kreistages über die Jahresrechnung 2010 des Landkreises Stendal sowie die Entlastungserteilung für den Landrat
Vorlage: 290/2011
- 9 Satzung über die Mitfinanzierung der Kosten für die Beförderung von Personen mit Zeitfahr-
ausweisen des Ausbildungsverkehrs im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr auf dem
Territorium des Landkreises Stendal
Vorlage: 296/2011
- 10 Absichtserklärung der Landkreise und Gemeinden in der Altmark zur zukunftsfesten
Breitbandversorgung
Vorlage: 300/2011
- 11 Örtlicher Beirat der gemeinsamen Einrichtung im Landkreis Stendal
hier: Neubenennung einer Abwesenheitsvertretung (Vertreterbenennung) in den
ehrenamtlichen Beirat (Jobcenter)
Vorlage: 303/2012
- 12 Abberufung und Berufung von sachkundigen Einwohnern in beratende Fachausschüsse
Vorlage: 304/2012
- 13 Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Bau- und Verkehrsausschuss
Vorlage: 305/2012

- 14 Beteiligungsbericht 2011 - Fortschreibung für das Wirtschaftsjahr 2010
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 298/2011
- 15 Änderung der Ausschussbesetzung des Kreistages Stendal durch die SPD-Fraktion
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 306/2012
- 16 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Kreistages, Frau Christine Paschke, eröffnet um 17.02 Uhr die 17. Sitzung des Kreistages Stendal und begrüßt die Anwesenden.

Frau Paschke erklärt, dass sie die heutige Sitzung leitet, weil der Kreistagsvorsitzende Herr Riedinger erkrankt ist. Von dieser Stelle aus möchten wir ihm alles Gute und die beste Genesung wünschen.

zu TOP 2 Einwohnerfragestunde

Es bestehen keine Wortmeldungen.

zu TOP 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung

Die Vorsitzende stellt fest:

- die Ladung zur heutigen Kreistagssitzung erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 20. Januar 2012,
- der Kreistag ist beschlussfähig (es sind 39 Mitglieder des Kreistages anwesend – siehe Seite 1 Anwesenheitsliste).

Zur vorliegenden Tagesordnung bestehen keine Wortmeldungen.

Die Vorsitzende stellt sodann die Tagesordnung fest.

zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 16. Sitzung des Kreistages Stendal am 03.11.2011

Die Vorsitzende bemerkt, dass beim Kreistagsvorstand und beim Landrat keine Einwende gegen die Niederschrift eingegangen sind.

Es bestehen auch jetzt keine Wortmeldungen.

Damit stellt die Vorsitzende den öffentlichen Teil der Niederschrift der 16. Sitzung des Kreistages Stendal am 03.11.2011 fest.

zu TOP 5 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 16. Sitzung des Kreistages Stendal am 03.11.2011

Die Vorsitzende gibt den in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschluss der 16. Sitzung des Kreistages am 03.11.2011 (DS-Nr. 280/2011) bekannt.

zu TOP 6 Verpflichtung des nachrückenden Mitgliedes des Kreistages Herrn Dr. Volker Stephan

Die Vorsitzende erklärt, dass der Kreistag in seiner Sitzung am 03.11.2011 das Ausscheiden des Kreistagsmitgliedes Frau Ulrike Weis aus dem Kreistag des Landkreises Stendal festgestellt hat. Als den nächst festgestellten Bewerber hat der Kreiswahlausschuss am 11.06.2009 Herrn Dr. Volker Stephan festgestellt.

Herr Dr. Stephan hat die Wahl angenommen.

Die Vorsitzende bittet Herrn Dr. Stephan nach vorn zu kommen, um die Verpflichtung vornehmen zu können.

Die Vorsitzende verpflichtet nun das nachrückende Mitglied des Kreistages Herrn Dr. Stephan mit der Verpflichtungsformel.

zu TOP 7 Information des Landrates über alle wichtigen Angelegenheiten, den Landkreis und seine Verwaltung betreffend

Frau Paschke bittet nunmehr den Landrat um die entsprechenden Informationen.

Der Landrat bemerkt einfürend, dass die Haushaltsgenehmigung sehr zügig erteilt worden ist. Für das Jahr 2011 hatten wir den Hinweis vom Landesverwaltungsamt bekommen, ein Personalentwicklungskonzept zu erstellen. Dieses wurde im Herbst vorgelegt. Für das Haushaltjahr 2012 haben wir die Auflage erhalten, zu dem bestehenden Entwurf noch zusätzlich 15 Stellen bis zum Jahr 2017 abzubauen. Er will nicht sagen, dass dies unlösbar ist, aber es wird nicht einfach. Wir haben diesen Entwurf auch dem KVPA vor ca. 14 Tagen vorgestellt und sind so verblieben, dass die Verwaltung diese 15 Stellen noch einarbeiten wird. Dem KVPA wird das überarbeitete Papier dann im Frühjahr zur Diskussion vorgelegt.

Zwei Ereignisse des vergangenen Jahres möchte der Landrat ausdrücklich erwähnen. Dies waren die auswärtige Kabinettsitzung Ende November in Tangermünde und die Kreisbereisung des Ministerpräsidenten Mitte Dezember im Bereich Bismark-Kläden. Auf beiden Veranstaltungen konnten die Bürgermeister und ich auf Probleme und konkrete Vorhaben hinweisen. Aber auch das Thema Auswirkungen der Gemeindegebietsreform hat eine Rolle gespielt, und hier im Besonderen das Thema Bauleitplanung. Teilflächennutzungspläne sind nicht mehr möglich. Das ist relativ normal, aber mit der Gemeindegebietsreform muss nun über das gesamte Gemeindegebiet diese Flächennutzungsplanung vollzogen werden. Und das verursacht sehr hohe Kosten und ist an der einen oder anderen Stelle auch überhaupt nicht notwendig. Im Gegenteil. Für verschiedene Vorhaben muss man schnell reagieren können, um Investitionen zu sichern. Ich denke, unsere Bedenken sind jetzt beim Land angekommen. Hier versucht man nun nachzusteuern.

Auftakt 2012: Wir haben im Dezember und Ende Januar eine Trägerversammlung des Jobcenters gehabt. Zentrales Thema war auch dort der Haushaltsplan. Der Hauptknackpunkt ist die Tatsache, dass im Vergleich zu 2011 wieder weniger Mittel zur Verfügung stehen. Hauptaugenmerk wurde auf die Verteilung der begrenzten finanziellen Mittel gelegt. Hierbei wird der zweite Arbeitsmarkt intensive Berücksichtigung finden.

Wie üblich haben auch in diesem Jahr im ersten Monat zahlreiche Neujahrsempfänge stattgefunden. Für mich war ein Höhepunkt die Veranstaltung in Seehausen, welche mit einem Neujahrskonzert und Auszeichnungen für verdiente Bürger verbunden wurde.

Wir sind in der vergangenen Woche mit unseren Partnern aus Salzwedel zur Grünen Woche gewesen und haben dort gemeinsam mit dem Mitteldeutschen Rundfunk und der Landesmarketinggesellschaft erstmals einen Altmarkttag durchgeführt. Alle Teilnehmer waren der Auffassung, dass diese Veranstaltung sehr gelungen war und das Konzept ausgebaut werden sollte.

Parallel dazu fand ein Zukunftsforum „Ländliche Entwicklung“ statt, an der ich an einem Tag teilgenommen habe. Hier war unser Ansinnen, für das Modellvorhaben LandZukunft, wo wir zurzeit die Antragstellung vorbereiten, zu eruieren, welche neuen Erkenntnisse es gibt. Ein zentrales Thema für die zukünftige ländliche Entwicklung ist unter anderem alles, was mit Innovation zusammenhängt. Wir haben auf Grund vieler Aufrufe zahlreiche Vorschläge und Hinweise erhalten. Diese Woche wurde noch ein Workshop durchgeführt. Dort haben wir unser strategisches Ziel noch einmal diskutiert und vorgestellt. Ende Februar 2012 muss der Antrag mit fünf konkreten Projekten und eben diesen strategischen Zielen abgegeben werden. Unsere Projekte beziehen sich auf die Themen Breitband, Biogasverfahren und Elektromobilität. Im März wird das Bundesministerium entscheiden. Fällt die Auswahl zu unseren Gunsten aus, würden wir für die kommenden zweieinhalb Jahre 1,5 Mio. Euro bekommen.

In der Modellregion Bioenergie haben wir vor einigen Wochen erfahren, dass dieses Projekt verlängert wird mit der Maßgabe, dass wir unseren Eigenanteil erhöhen müssen und der Nachweis einer gewissen Verstetigung geführt wird. Auch hier werden zurzeit die Antragsunterlagen vorbereitet.

Aus Sicht des Landkreises ist das Kernprojekt gemeinsam mit der Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck der Nahwärmeverbund Goldbeck. Hier hat ein Planungsbüro vor wenigen Tagen die ersten Ergebnisse vorgestellt. Es war bereits eine Ersparnis zur konventionellen Öl- oder Gaswärmeerzeugung zu erkennen. Diese Machbarkeitsstudie ist eine wichtige Grundlage für die Diskussion in den Ausschüssen und Gremien. Wir arbeiten sehr eng mit den Stadtwerken Goldbeck und Osterburg zusammen, die sich eine Mitbetriebsvorstellung vorstellen könnten. Es ist weiterhin vorstellbar, die Finanzierung über unsere ALS vorzunehmen. Der Gesellschaftervertrag wurde ja bereits vor einigen Jahren dahingehend geändert.

Für das Projekt in Kletz haben wir Gespräche mit den Stadtwerken Stendal und mit dem Wasser- und Bodenverband in Havelberg geführt, die hier Interesse gezeigt haben.

Innerhalb der Verwaltung hat sich der Bereich des Herrn Wulfänger in den vergangenen Wochen sehr intensiv mit der integrativen Hortbetreuung beschäftigt. Wir hätten uns hier mehr Unterstützung von Seiten des Landes erhofft, denken jedoch, dass die Gespräche so weit gediehen sind, dass wir nun beginnen können.

Bereits am 15.02.2012 findet im Sitzungssaal Stendal der nächste Finanzpolitische Dialog statt. Diesmal unter dem Aspekt der großen Novelle des FAG. Man ist zurzeit dabei, mit dem Spitzenverband die gemeinsame Positionierung abzustimmen. Es ist wohl klar, dass wir in besonderer Weise auf den Flächenquotienten hinweisen wollen und auch konkret belegen können, welche zusätzlichen Ausgaben wir im Vergleich zu anderen Landkreisen haben.

Die Hochwassersituation ist im Moment beherrschbar. Der heutige Stand ist, dass die Pegel an Elbe und Havel leicht fallen. Der starke Frost könnte ein Problem werden, da dann mit starkem Eisgang zu rechnen ist. Das LHW hat jedoch die Problemstellen unter besondere Beobachtung gestellt.

Am heutigen Tage ist das Thema Kinderarmut in der Presse aufgegriffen worden. Der Landkreis Stendal hat einen sehr hohen prozentualen Anteil zu verzeichnen. Die hohe Arbeitslosenquote trägt dazu bei. Das beste Gegenmittel ist die Schaffung und die Sicherung von Arbeitsplätzen. Das Bildungs- und Teilhabepaket wurde in unserem Landkreis sehr gut angenommen. Es wird auch weiterhin im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere mit den Gemeinden, auf diese Möglichkeit hingewiesen.

Seit einigen Tagen liegt der Entwurf eines Konzeptes zur gemeinsamen Leistelle in der Altmark vor. Die Fachleute sind dabei, sich dieses näher anzusehen. Wir haben uns mit den Kollegen in Salzwedel abgestimmt, dass wir Anfang/Mitte März den zuständigen Fachausschüssen dieses Gutachten vorstellen, unabhängig von Entscheidungen. Dann ist gemeinsam zu beraten, wie es zukünftig in der Altmark weitergehen wird.

Ende März soll der erste Bauabschnitt des Schulprojektes in Havelberg übergeben werden. Die Fraktions- und Ausschussvorsitzenden werden rechtzeitig eine Einladung erhalten.

Der Landrat weist noch auf eine zusätzliche Sitzung des KVPA hin, die am 23.02.2012 stattfinden wird. Es geht um Vergaben.

**zu TOP 8 Beschluss des Kreistages über die Jahresrechnung 2010 des Landkreises Stendal sowie die Entlastungserteilung für den Landrat
Vorlage: 290/2011**

Frau Paschke bittet um Wortmeldungen.

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Trumpf, stellt u. a. dar, dass das kreisliche Rechnungsprüfungsamt den Schlussbericht zur Jahresrechnung 2010 erarbeitet hat. Der Schlussbericht bildet gemeinsam mit der Stellungnahme des Landrates die Grundlage für die Diskussion in den Fraktionen sowie im Rechnungsprüfungsausschuss (RPA). Der Rechnungsprüfungsausschuss befasste sich auf zwei Sitzungen intensiv mit dem Bericht. Die Verwaltungsführung stand für Anfragen zur Verfügung.

Auf der Sitzung am 12.12.2011 bestätigte der RPA einstimmig den vorliegenden Bericht und empfiehlt dem Kreistag, die Entlastung des Landrates zu erteilen.

Mit der Stellungnahme des Landrates wurden bereits konkrete Punkte abgearbeitet. Auf einige Punkte möchte Herr Trumpf kurz eingehen. Der Soll-Fehlbetrag aus dem Jahr 2010 ist etwas höher als die Planungen vorgesehen haben. Unser struktureller Fehlbetrag kam aus Mindereinnahmen im Sozialbereich und erhöhte Personalkosten zu Stande. Nach dem Haushaltskonsolidierungskonzept soll im Haushaltsjahr 2011 mit dem Abbau der Fehlbeträge begonnen werden. Ob das so greift, wird der Landrat sicher in den kommenden Wochen sagen können, wenn der vorläufige Haushaltsabschluss 2011 vorliegt. Bis zum Jahr 2017 ist geplant, den Haushaltsausgleich zu schaffen. Dieses Ziel zu erreichen, stellt uns alle vor eine große Aufgabe. Unsere Städte und Gemeinden im Landkreis dürfen wir dabei jedoch nicht mit einer zu hoher Kreisumlage in eigene Konsolidierungsprobleme drängen.

Trotz aller im Jahresabschluss aufgezeigten Probleme vermittelt dieser jedoch eine ordnungsgemäße Haushalts- und Kassenführung. Die Einführung der Doppik ist eine weitere große Herausforderung. Die Umgestaltung der Feuerwehrtechnischen Zentrale hat sich bewährt und sollte auch zukünftig weiter ausgebaut werden. Die Qualität von Satzungsentwürfen in verschiedenen Fachbereichen ist angesprochen worden. Hier wird man in diesem Jahr noch einmal schauen, wie die Hinweise von den Verantwortlichen umgesetzt wurden. Kosten- und Niveauvergleiche im Bereich der Abfallwirtschaft sind angesprochen worden.

Die Abarbeitung von Kasseneinnahmeresten stellt uns über Jahre hinweg bereits vor große Herausforderungen. An dieser Stelle sollte die personelle Struktur so erhalten werden, um intensiv und zweckdienlich die Dinge abarbeiten zu können. Die Finanzierung der Arbeitsfördergesellschaft wird sicher auch weiterhin ein Thema sein. Nicht nur für den Landkreis, sondern auch für die Kommunen. Hier müssen wir ein sinnvolles Modell diskutieren, so dass wir diese Gesellschaft auch entsprechend den neuen Kriterien erhalten können.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen

Die Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

mehrheitlich beschlossen

Ja mehrheitlich Nein 0 Enthaltung 2

zu TOP 9 Satzung über die Mitfinanzierung der Kosten für die Beförderung von Personen mit Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr auf dem Territorium des Landkreises Stendal
Vorlage: 296/2011

Frau Paschke bittet um Wortmeldungen.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Die Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

einstimmig beschlossen

zu TOP 10 Absichtserklärung der Landkreise und Gemeinden in der Altmark zur zukunftsfesten Breitbandversorgung
Vorlage: 300/2011

Die Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Zukunftsfeste Breitbandversorgung, so Herr Wulfänger, ist ein ständiges Thema in den verschiedensten Bereichen des Lebens. Wir haben großen Nachholbedarf. Das hat der Kreistag bereits im Jahr 2008 festgestellt. Seit dieser Zeit beschäftigen wir uns in der Verwaltung gemeinsam mit den Kommunen mit diesem Thema. Er möchte dieses als Zweistufenplan bezeichnen, der entwickelt wurde. Die erste Stufe war die Herstellung der Grundversorgung. Das heißt, zwei Megabit für Jeden, der es haben will. Vor zwei Jahren war alles mehr auf die Städte konzentriert. Der ländliche Bereich war wenig beachtet worden. Im Moment sieht es so aus, dass in großen Teilen des Landkreises diese Grundversorgung gegeben ist. Wir haben weiße Flecken im Norden des Landkreises. Das hängt damit zusammen, dass man dort auf bestimmte Versprechen von Vodafone gewartet hat. Inwiefern die eingelöst werden, gibt es unterschiedliche Aussagen.

Selbst wenn man diese Grundversorgung hat, entwickelt sich das Leben natürlich weiter. Und für die Zukunft ist diese Grundversorgung nicht ausreichend. Es gibt in den größeren Städten des Landes bereits eine Versorgung von 50 oder 100 Megabit. Man spricht in naher Zukunft bereits von einem Gigabit als Angebot. Um verschiedene Dinge überhaupt nutzen zu können, benötigt man diese Bandbreite.

Wir haben vor zwei Jahren dazu in der Altmark eine Studie anfertigen lassen, wie die Altmark auch dort hinkommt, wo andere schon sind. Im Ergebnis war festzustellen, dass mit den derzeitigen Anbietern, die meistens auf Funkbasis arbeiten, diese Bandbreiten nicht erreicht werden können. Diese Bandbreiten sind nur mit der sogenannten FTTH-Technik möglich. Dazu ist Glasfaserkabel notwendigerweise bis in jedes Haus hinein zu verbauen. In einigen Orten wurde Anfang der neunziger Jahre auch schon Glasfaserkabel verlegt. Allerdings im Regelfall nicht bis in das Haus, sondern nur bis zum Verteiler.

Die Frage ist nunmehr, wie man das hinbekommt, bis in jedes Haus ein Glasfaserkabel zu verlegen. Man hat sich darauf verständigt, dass ein Zweckverband für die Altmark das Sinnvollste und Naheliegenste im Moment ist. In anderen Gebieten gibt es noch mehr private Interessenten, die dort mitmachen. Aber dies ist im Moment hier nicht zu sehen. Deshalb ist die favorisierte Rechtsform ein Zweckverband von allen Städten, Gemeinden und den Landkreisen der Altmark.

Die Aufgabe des Zweckverbandes wird es sein, Informationsveranstaltungen durchzuführen, um die Menschen für das Thema zu sensibilisieren. Das wird nicht einfach, da bereits viele Abfragen erfolgt sind. Hier ist eine gewisse Müdigkeit zu verzeichnen. Daran muss man arbeiten. Denn dieses Modell mit Glasfaserkabel in jedem Haus funktioniert nur, wenn mindestens 60 % aller Haushalte einen Vertrag abschließen. Das ist die untere Grenze der Wirtschaftlichkeit. Diese Notwendigkeit müssen Fachleute vor Ort den Bürgern erklären. Aber diese Fachleute benötigen auch die Unterstützung von allen Bürgermeistern und Ortsbürgermeistern.

Dieser Zweckverband muss des Weiteren einen Netzbetreiber suchen. Das wird wahrscheinlich über eine europaweite Ausschreibung erfolgen müssen. Eine weitere Aufgabe des Zweckverbandes wird es sein, Leerrohre zu verlegen. Diese Leerrohre werden aber nur verlegt, wenn 60 % der Einwohner sagen, sie wollen und wenn ein Netzbetreiber gefunden wurde. Der Zweckverband wird sich über die Verlegung der Leerrohre finanzieren. Diese Rohre werden, wie bereits ausgeführt, über den Zweckverband verlegt und an den Netzbetreiber vermietet. Über die Miete sollen sich die Investitionen dann refinanzieren. Es ist nicht vorgesehen, dass die Gemeinden oder der Landkreis eine Umlage an den Zweckverband zahlt. Wenn die Wirtschaftlichkeit nicht gegeben ist, dann wird auch nicht gebaut. Trotzdem benötigt man, um so etwas vorantreiben zu können, eine Anfangsfinanzierung. Und da sind über das Regionalbudget 90,0 T€ bereitgestellt worden, um vorbereitend Dinge zu leisten. Es sind Steuerfragen zu klären, Satzungsfragen und ihre Genehmigungsfähigkeit. Der Netzbetreiber muss gesucht werden. Und es muss immer wieder über dieses Thema informiert werden. Durch das Bundesprogramm LandZukunft ist unter Umständen auch eine Förderung möglich, wenn die Altmark in das Programm aufgenommen wird.

Der Zweckverband ist nicht nur auf den Landkreis Stendal begrenzt, sondern auf die Region Altmark. Weil die gesamte Altmark gemeint ist, werden im Moment auch Beschlüsse in den einzelnen Kommunen altmarkweit gefasst. Im Altmarkkreis Salzwedel ist man in dieser Frage bereits etwas weiter als im Landkreis Stendal.

Heute geht es darum, den politischen Willen zu äußern, ob man diesen Weg weiter gehen möchte. Derzeit ist nicht erkennbar, dass uns das Problem von anderer Seite abgenommen wird. Wenn wir uns nicht alleine helfen, wird auf diesem für die Zukunft wichtigen Gebiet nichts passieren.

Herr Rettig denkt, dass die dringende Notwendigkeit einer zukunftsfähigen Breitbandversorgung besteht. Er denkt auch, dass heute hier niemand seine Zustimmung verweigern wird. Seitdem die Ausschüsse sich mit der Thematik befassen, ist eine merkliche Euphorie entstanden. Aber es entsteht der Eindruck, als ob mit der heutigen politischen Willensbekundung bereits der erste Schritt zur Realisierung und Umsetzung eines Konzeptes vonstatten geht. Herr Wulfänger hat einige Probleme genannt, die deutlich machen, dass dies eben nicht so ist. Nehmen wir nur die Entwicklung der letzten Jahre. Entsprechend der Breitbandstrategie der Bundesregierung sollte bereits 2010 eine flächendeckende Grundversorgung gesichert und bis 2014 bereits 75 % der Haushalte mit 50 Megabit angeschlossen sein. Böse Zungen sagen nun, die verbleibenden 25 % sind die Flächenkreise, wie z. B. auch die Altmark. Die Landesregierung hat zum Ziel gesetzt, bis Ende 2012 die Grundversorgung zu sichern und hat dazu gemeinsam mit dem Bund zahlreiche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Das ist eigentlich das erste Problem. Allein die Stadt Stendal mit ihren Ortsteilen hat 500,0 T€ von Bund und Land erhalten und selbst 70,0 T€ zugesteuert, nur um die Grundversorgung zu sichern. Ähnliches gibt es in anderen Einheits- und Verbandsgemeinden zu beobachten. Es sind in der Altmark und auch im Landkreis Stendal garantiert mehr als eine Million Euro geflossen. Hier muss ich sagen, dass dies nicht zukunftsorientiert war. Denn für das, was wir jetzt vorhaben, diese zukunftsfähige Breitbandversorgung, ist dieses Geld vergebene Liebesmüh. Das lässt sich nicht als Vorleistung umsetzen. Das kann man überhaupt nicht nutzen. Weshalb es so schwer war und weshalb dieses Konzept, wo wir heute eine politische Willensbekundung abgeben wollen, so schwer umsetzbar ist, zeigt, als wir die Grundversorgung sicherstellen wollten und die Einheitsgemeinden ausgeschrieben haben, dass es kaum Bewerber oder Investoren gab, die trotz dieser Förderung bereit waren, diese Aufgabe zu übernehmen.

Der Landkreis Stendal befindet sich im Breitbandinvestitionsindex der Bundesrepublik Deutschland auf Platz 402 von 413. Das muss zu denken geben. Da greift auch nicht das Beispiel aus dem Landkreis in Schleswig-Holstein. Nicht die Bevölkerungsdichte ist entscheidend. Die mag ja ähnlich sein. Die sagt jedoch nichts aus über Arbeitslosigkeit, über Altersdurchschnitt und anderes mehr.

Natürlich ist diese Absichtserklärung eine politische Willensbekundung. Aber 60 % der Haushalte - das ist eine hohe Hürde. Im Anhang, den wir zu den Niederschriften der Ausschüsse erhalten haben, ist ganz fett und rot gedruckt – unter 60 % wird nicht investiert. Das muss man auch so deutlich sagen, um die Schwierigkeit der Aufgabe zu verdeutlichen. Deshalb sollte man heute nicht schon so tun, als ob wir bald auf der Internetautobahn surfen.

Trotzdem werden wir natürlich diese Willensbekundung mittragen. Und ich denke auch, es wird nicht eine Gemeinde geben, die dagegen ist. Dennoch ist der Weg schwierig, und man muss immer darauf hinweisen, dass es sich hier um ein Konzept handelt, welches vielleicht 2017 realisiert ist.

Herr Kühnel erklärt, dass wir die Datenautobahn genauso benötigen wie die A 14. Wer mit welchem Fahrzeug fährt, das überlassen wir denen, die die Autobahn benutzen. Die 60 %, und das muss man den Menschen sagen, sind aufzubringen. Er meint jedoch auch, dass bereits heute 60 % der Bevölkerung des Landkreises angeschlossen sind. Diesen Menschen muss man deutlich machen, wer in fünf Jahren noch dabei sein will, muss sich dieser Sache anschließen. Ansonsten geht es den Nutzern so wie ihm selbst. Er hat im Jahr 2000 einen Internetlehrgang an der Volkshochschule in Osterburg besucht und war glücklich mit ISDN. Bis das DSL kam. Jetzt habe ich bereits seit anderthalb Jahren schon keinen Gebrauch mehr von meinem Internet gemacht. Ich mache alles mit dem Smartphone. Das geht schneller. Das heißt, wer sich daran nicht beteiligt, der kann im Internet nicht mehr arbeiten. Das muss man deutlich sagen, wenn man sich um dieses Projekt bemüht. Internet gehört heute zur Lebensqualität. Betriebe brauchen Internet, wenn sie marktfähig bleiben wollen. Jugendliche und auch im Arbeitsleben Befindliche benötigen dieses ebenfalls. Selbst wenn man Ruheständler ist, möchte man im Internet sein. Und dieser Anteil wird sich in den kommenden Jahren erhöhen.

Lasst uns um jeden Einwohner kämpfen, und lasst uns das Projekt so schnell als möglich umsetzen.

Herr Borstell will sich der optimistischen Vortragsweise des Herrn Kühnel anschließen. Internet ist wichtig und wird stets wichtiger. Er ist 1956 mit Schiefertafel und Griffelkasten zur Schule gekommen. Die Grundschule in Tangerhütte, die in diesem Jahr eingeweiht wird, verfügt über digitale interaktive Tafeln. An dieser Entwicklung kann man sehen, wie schnell diese voran schreitet. Man wird mit diesem Ansinnen nicht in das Verderben rennen. Ich wünsche mir, dass die Absichtserklärung von allen unterstützt wird.

Frau Braun bemerkt, dass sie ein geistiger Zwerg ist was das Internet betrifft. Aber sie tut es im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Es handelt sich um eine rasante Entwicklung. Sie ist dankbar, dass der Landrat schon vor Jahren auf die flächendeckende Internetanbindung hingearbeitet hat. Das gute ist, dass der Landkreis koordiniert und die Schritte nach vorne lenkt.

An Herrn Rettig gewandt meint sie, dass man nicht immer nach hinten schauen sollte und was alles passieren könnte. Wir wissen, dass wir in der Kinderarmut das Schlusslicht in Deutschland sind. Wir wissen, dass wir im Index ganz hinten stehen. Wir haben eine hohe Arbeitslosenquote und sehr viele Hartz IV-Empfänger. Für uns ist es wichtig, dass wir aus diesem Tal der Tränen heraus kommen. Wir müssen die technischen Möglichkeiten nutzen, weil sie weiß, dass die freie Wirtschaft darauf wartet, dass sich in dieser Hinsicht etwas tut. Wir müssen um jeden einzelnen Bürger kämpfen.

Herr Krebber findet es fatal, die A 14 mit der Datenautobahn zu vergleichen. Zu der A 14 gibt es Alternativen. Zur Glasfasertechnik nicht.

Herr Berlin bemerkt, dass nicht nur die Kinder und Enkelkinder das Internet benötigen, sondern auch die mittlere und ältere Generation. Wenn Menschen in den ländlichen Raum ziehen wollen, fragen diese immer nach DSL-Anbindungen. Nicht nur Auszubildende, sondern bereits Schüler ab der 5. Klasse bekommen Hausaufgaben auf, wo es ohne Internet nicht mehr geht. Für die Grundversorgung wurde viel Geld ausgegeben. Das war sicher nicht so glücklich. Aber die privaten Anbieter haben sehr schnell aufgeholt. Die A 14 mit der Datenautobahn zu vergleichen ist sicher legitim. Wir brauchen die A 14 ganz dringend. Breitband ist für mich schon ein Grundrecht. Ich würde den Landrat bitten, an Bund und Land heranzugehen, dass wir nicht mehr den Platz 402 belegen. Es kann nicht sein, dass die Dörfer nicht mehr beachtet werden. Wir sollten nicht nur den Zweckverband unterstützen, sondern auch politisch an höhere Stellen herangehen, um zu fordern, dass der ländliche Raum mehr Beachtung findet.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

Die Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 11 Örtlicher Beirat der gemeinsamen Einrichtung im Landkreis Stendal
hier: Neubenennung einer Abwesenheitsvertretung (Vertreterbenennung) in den
ehrenamtlichen Beirat (Jobcenter)
Vorlage: 303/2012**

Frau Paschke sagt zur Vorlage folgendes an:

Die Beschlussvorlage ist dem Kreistag zunächst ohne die namentliche Benennung übergeben worden.

Die SPD-Fraktion hat nunmehr mitgeteilt, dass sie als Abwesenheitsvertretung für Frau Braun in den örtlichen Beirat der gemeinsamen Einrichtung im Landkreis Stendal (Jobcenter) Herrn Bernd Witt benennt.

Sie bittet darum, die namentliche Benennung von Herrn Witt in der Beschlussvorlage handschriftlich nachzutragen.

Frau Paschke bittet zur Vorlage um Wortmeldungen.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Die Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 12 Abberufung und Berufung von sachkundigen Einwohnern in beratende Fachausschüsse
Vorlage: 304/2012**

Frau Paschke bittet um Wortmeldungen.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Die Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

mehrheitlich beschlossen

Ja mehrheitlich Nein 0 Enthaltung 1

**zu TOP 13 Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Bau- und Verkehrsausschuss
Vorlage: 305/2012**

Frau Paschke bittet um Wortmeldungen.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Die Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

mehrheitlich beschlossen

Ja mehrheitlich Nein 1 Enthaltung 3

**zu TOP 14 Beteiligungsbericht 2011 - Fortschreibung für das Wirtschaftsjahr 2010
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 298/2011**

Die Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Zur Mitteilungsvorlage bestehen keine Wortmeldungen.

zur Kenntnis genommen

**zu TOP 15 Änderung der Ausschussbesetzung des Kreistages Stendal durch die SPD-Fraktion
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 306/2012**

Die Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Zur Mitteilungsvorlage bestehen keine Wortmeldungen.

zur Kenntnis genommen

zu TOP 16 Anfragen und Hinweise

Herr Jesse bemerkt, dass es ihm um die Abstimmung zur A 14 geht. Er fordert den Vorstand des Kreistages nochmals auf, eine namentliche Abstimmung im Kreistag für oder gegen die Autobahn vornehmen zu lassen. Diese Abstimmung sollte auch in der Presse veröffentlicht werden. Viele Bürger nehmen mittlerweile an, dass der Kreistag nicht mehr für den Bau der Autobahn ist.

Die Vorsitzende bemerkt, dass die Forderung in der Niederschrift der Sitzung so aufgenommen wird. Wenn Ihre Fraktion, Herr Jesse, der Meinung ist, dass eine namentliche Abstimmung stattfinden soll, dann muss ein entsprechender Antrag gestellt werden.

Herr Tögel bemerkt, dass es in letzter Zeit sehr ruhig um die Partnerschaft des Landkreises mit dem Partnerkreis in Litauen geworden ist. Er bittet den Landrat, den aktuellen Stand mitzuteilen. Auch wären die Gründe und die Aktivitäten näher zu benennen. Er sagt dies auch vor dem Hintergrund, dass es andere Institutionen des Landkreises gibt, wie z. B. die Kaschade-Stiftung, die im Zusammenhang mit der Partnerschaft auch immer Förderungen für Studenten durchgeführt haben. Hier besteht jetzt eine gewisse Unsicherheit, wie der Landkreis damit weiter umgeht.

Der Landrat bemerkt, dass der Fortbestand sehr personenabhängig ist. Im vergangenen Jahr wurde in Litauen ein neuer Bürgermeister gewählt. Wir wurden dann kurzfristig für Anfang Juni 2011 zum Stadtfest eingeladen. Er habe sich bedankt und aus terminlichen Gründen abgesagt. Er hat jedoch ausdrücklich angeboten, die weitere Zusammenarbeit fortzuführen und nachgefragt, ob im Herbst ein Treffen in Stendal stattfinden könnte. Er hat mit der Dolmetscherin telefoniert, die diese Treffen seit Jahrzehnten begleitet. Leider kam daraufhin keinerlei Reaktion. Er wird noch einmal Kontakt aufnehmen und einen erneuten Versuch starten.